

Duell in Löhningen Dominik Thomann steigt im Kampf um das Gemeindepräsidium gegen Fredy Kaufmann in den Ring. / 25



Alt Bundesrat Christoph Blocher verteidigt die Begrenzungsinitiative.

BILDER ROBERTA FELE



Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer wirbt für die Personenfreizügigkeit mit der EU.

Das politische Gerangel um Fachkräfte

Gestern Abend diskutierten alt Bundesrat Christoph Blocher und Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer über die Begrenzungsinitiative. Auch wenn «Politik im Saal» ohne Publikum stattfand, entwickelte sich eine lebhaftere Debatte – nicht nur zum Thema Fachkräftebedarf.

Reto Zanettin

«Politik im Saal» hätte wohl zahlreiche Schaffhauserinnen und Schaffhauser in die Gesellschaftsstube «zum Kaufleuten» gelockt. Dies nicht nur, weil mit alt Bundesrat Christoph Blocher und Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer zwei illustre Gäste an die Vordergasse kamen. Auch das Thema «Begrenzungsinitiative: Befreiungsschlag oder Eigentor?» versprach eine angeregte Debatte. Doch der Zunftsaal blieb coronabedingt leer. Die Pandemie war dann ebenfalls Gegenstand der ersten Frage, die Moderator und SN-Chefredaktor Robin Blanck in die Runde warf: «Ist die Coronakrise ein Vorteil für die Begrenzungsinitiative oder doch eher ein Nachteil?»

Blocher verwies auf die angespannte Wirtschaftslage. Die Arbeitslosigkeit würde in der Schweiz wie auch im EU-Raum steigen, der Druck auf die Schweiz zunehmen. «Ich hoffe, dass die Schweizerinnen und Schweizer merken, was da auf sie zukommt und sagen, das Land müsse die Einwanderung wieder selbständig steuern.» Für Karrer ist ebenfalls sicher, dass die wirtschaftliche Situation zu Entlassungen führen wird. «Die Sorge um den Arbeitsplatz hat in den letzten Wochen und Monaten massiv zugenommen», sagte Karrer. In einer solchen Situation sollte man nicht noch weitere Experimente wagen, wie dies die Begrenzungsinitiative wolle. «Die Personenfreizügigkeit ist das Experiment», erwiderte Blocher. Zuvor habe die Schweiz eine geregelte, eigenständige Zuwanderungspolitik verfolgt. Zwischen 2007 und heute seien nun allerdings mehr als eine Million Menschen ins Land gekommen, weshalb es mehr Ärzte, Lehrer oder etwa Polizisten brauche – so viele, dass gar nicht alle in der Schweiz ausgebildet werden könnten und deswegen wiederum aus dem Ausland rekrutiert werden müssten.

Zurück zum Kontingentsystem

Im Jahr 2014 habe sich der Souverän mit seinem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative dafür ausgesprochen, das Experi-

ment mit der Freizügigkeit abzubrechen, so Blocher. Insofern bekräftigte die Vorlage vom 27. September, was bereits in der Verfassung stehe, aber nur in Teilen umgesetzt worden sei. «Wir sollten wieder zur bewährten Regelung zurückkehren, die wir seit den 1970er-Jahren bis 2007 hatten.» Die Rede war von einem Kontingentsystem, wie es aktuell noch gegenüber Drittstaaten zur Anwendung kommt. In einem solchen System werden Höchstzahlen von Arbeitskräften festgelegt, die pro Jahr in die Schweiz einwandern dürfen.

Für die Wirtschaft sei die Personenfreizügigkeit «super», doch für das Land und das Volk überhaupt nicht, sagte der SVP-Vertreter. Ein Kontingentsystem sei vorteilhafter. «Anfang der 1970er-Jahre gingen die Unternehmen zum Bundesrat und forderten, die Zuwanderung von Arbeitskräften solle eigenständig geregelt werden.» An dieser Stelle hob Karrer die Bedeutung der bilateralen Verträge heraus. «Die Abkommen sind derart wichtig. Sie aufzugeben ist keine Option.» Auch die Löhne würden aufgrund der Personenfreizügigkeit nicht unter Druck geraten, wie

Begrenzungsinitiative

Das Volksbegehren, über das die Schweizer Stimmbevölkerung am 27. September abstimmen wird, verlangt, die Schweiz solle die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig regeln. Zudem würde sie bei einem Ja den Bundesrat verpflichten, das Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU ausser Kraft zu setzen.

diverse Studien belegen, ergänzte Karrer. «Die Bilateralen I haben einen zusätzlichen Wohlstand gebracht, von dem alle profitieren.» Auch die Einkommensgleichheit habe sich verbessert. «Da sehen Sie, was alles zusammengeschwindelt wird», bemerkte Blocher daraufhin. Man dürfe bei den Einschätzungen der Wohlstandsentwicklung nicht die 1990er-Jahre, in denen eine Rezession geherrscht habe, mit den Nuller-Jahren vergleichen, wie dies die Gegner der Initiative tun würden.

«Habe Arbeitskräfte immer erhalten»

Wird der Schweiz nach einer allfälligen Kündigung der Personenfreizügigkeit noch genügend qualifiziertes Fachpersonal zur Verfügung stehen? Karrers Antwort: «Wir haben die Phase der Kontingentierung erlebt. Sie hat keine Steuerung beinhaltet.» Man habe einfach geschätzt, wie viele Personen man brauche. Ausserdem hätten die Kontingentsysteme stets einen Wust an Bürokratie mit sich gebracht. «Die Unternehmen haben ihre Mitarbeiter nicht zum richtigen Zeitpunkt er-

halten, weil es wegen der Bürokratie zu Verzögerungen gekommen ist.» In der heutigen Situation mit der Personenfreizügigkeit sei das ganz anders. Die Aussage Karrers liess Blocher nicht so stehen: «Als internationaler Unternehmer und Exporteur habe ich die erforderlichen Arbeitskräfte immer erhalten.» Das sei bisweilen zwar aufwendig gewesen, habe aber funktioniert und würde es auch heute noch tun. Ausländer könnten in der Schweiz zur Arbeit kommen, wenn sie einen Arbeitsvertrag hätten. Umgekehrt könnten die Leute bei einem Kontingentsystem wieder nach Hause, wenn ihr Arbeitsvertrag ausläuft oder gekündigt werde. Mit der Personenfreizügigkeit blieben sie hier und fielen unter Umständen sogar in die Sozialhilfe.

Bedarf im Gesundheitswesen

Angesichts der heiklen Wirtschaftslage führte Blocher aus: «Jetzt brauchen wir sicher niemanden.» Was antwortete der Economiesuisse-Präsident? «Corona zeigt: Wir

Fortsetzung auf Seite 19

Was passiert mit dem EU-Rahmenabkommen?

Bereits vor der Abstimmungsdebatte zur Begrenzungsinitiative war die Beziehung der Schweiz zur EU hierzulande ein Thema: Im Fokus stand das Rahmenabkommen, das den bilateralen Weg zwischen der Staatengemeinschaft und der Eidgenossenschaft stabilisieren und erweitern soll.

Doch seit einiger Zeit ist dieses Thema in den Hintergrund gerückt. Zwischen Brüssel und Bern herrscht diesbezüglich Funkstille. Das hat mehrere Gründe, beispielsweise die noch immer andauernden und wenig erfolgreichen Verhandlungen zwischen der EU und Grossbritannien rund um den Brexit oder eben die am 27. September bevorstehende Abstimmung über die Begrenzungsinitiative in der Schweiz.

Die Begrenzungsinitiative in der Schweiz.

Blocher: «Endlich auf Eis legen»

Zum Schluss der gestrigen Podiumsdiskussion zwischen alt Bundesrat und SVP-Strategie Christoph Blocher und Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer wollte Moderator und SN-Chefredaktor Robin Blanck wissen, ob denn nicht das Rahmenabkommen mit der EU viel wichtiger sei mit Blick auf die Souveränität der Schweiz. Darauf holte Blocher aus: «Mit dem Rahmenabkommen käme alles noch viel verrückter.» So würde man beispielsweise fremdes Recht übernehmen, weil der Europäische Gerichtshof als oberste Instanz gelten würde.

Auf die darauffolgende Frage, was denn bei einem Ja zur Begrenzungsinitiative mit dem Rahmenabkommen passieren würde, antwortete Blocher: «Ich hoffe, dass der Bundesrat den Vertrag dann auf Eis legt – aber für immer!»

Karrer stellte sich derweil auf den Standpunkt, dass dies aktuell gar nicht die entscheidende Frage sei. Gegenwärtig sei die Zukunft der Bilateralen I viel wichtiger. Denn es gebe aktuell keine Alternativen dazu.

Und was passiert bei einem Nein am 27. September, fragte Blanck anschliessend. Darauf schickte Karrer voraus: «Ich hoffe schwer, dass die Initiative abgelehnt wird.» Wenn es so komme, dann habe der Bundesrat

den Auftrag, eine Lösung zu präsentieren, mit der die Bevölkerung leben kann, so Karrer.

Blocher sah dies anders. «Der Bundesrat fokussiert auf Nebenpunkte dieses Rahmenabkommens», sagte er. Damit sprach er vom Lohn- und Arbeitnehmerschutz, den staatlichen Beihilfen und der Unionsbürgerrichtlinie. Aufgrund dieser drei Punkte wollte der Bundesrat das fertig verhandelte Abkommen nicht unterzeichnen. «Wir wollen keine fremden Richter, das ist seit 1291 so», betonte Blocher.

Klar war für beide, dass nach dem 27. September – bei einem Ja und einem Nein – ein neues Kapitel in der Beziehung zwischen der Schweiz und der EU beginnt. (dmu)